

Eigener Schutz und Verantwortung für andere

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist vielfältig. Manfred Max-Neef versteht darunter nicht nur Schutz vor psychischen und physischen Gefahren, sondern im weiteren Sinne auch Rahmenbedingungen für soziale Sicherheit. Gefühle der Geborgenheit und Verbundenheit gehören ebenso dazu wie die Sicherung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse.

Die Bedürfnispyramide von Abraham Maslow erfasst zu diesem Thema ebenfalls umfassendere Aspekte sozialer Lebensgrundlagen (Wohnung, fester Arbeitsplatz, Gesetze, Versicherungen, Gesundheit, Ordnung, Religion und die Befriedigung körperlicher Grundbedürfnisse).¹

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit bezeichnet ein Leitbild einer Gemeinschaft, in der die Verteilung ihrer Güter den vorherrschenden ethischen Prinzipien dieser Gemeinschaft entspricht. Naturgemäß bestimmen dahinter stehende Ideologien die konkrete Ausformung sozialer Gerechtigkeit. Zwei Dimensionen können unterschieden werden:

1) Im liberal-demokratischen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit steht die Chancengerechtigkeit (Chancengleichheit) im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben im Vordergrund.

2) Im sozial-humanistischen Verständnis geht es primär um Verteilungs- bzw. Ergebnissgerechtigkeit. Diese orientiert sich daran, ob die Verteilung (insbesondere jene unter Einkommens- und Vermögensaspekten) im Ergebnis gerecht ist. Sozialleistungen bzw. Umverteilung mittels Steuern und Transferspielen dabei eine Rolle.²

Mit der Herausbildung der Industriegesellschaft (Mitte des 19. Jh.) wurden immer mehr Menschen in den Produktionsprozess eingebunden. Sie traten aus traditionellen Formen der sozialen Sicherung, Sinngebung und Integration (z. B. der dörflichen Gemeinschaft) heraus und mussten auf neue Weise gesellschaftlich integriert und abgesichert werden.³ Fragen zu elementaren Existenzgrundlagen und zur Verteilung der dafür notwendigen Ressourcen stellten sich neu. Sie werden seit damals unter dem Begriff «soziale Gerechtigkeit» diskutiert. Unter dem Einfluss einer erstarkenden Arbeiterbewegung entwickelte sich in Europa das System staatlicher Sozialversicherung. (→ *Arbeitsblatt 1: gerecht-gleich-fair*)

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Bekämpfung der Armut und die Befriedigung der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse wie Essen, Kleidung und Wohnung für alle Menschen neu gefordert. Diese Aufgaben wurden zu einem wichtigen Teil des Gründungskonsenses der internationalen Nachkriegsordnung.⁴ «Freiheit von Not» ist eine der Grundformeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und gehört damit zu den grundlegenden Rechten auf Menschenwürde.

(→ *Arbeitsblatt 2: Stellung beziehen*)

Soziale Sicherheit für alle...

Derzeit zeigt sich folgender Zwiespalt: Einerseits ist die Erhaltung sozialer Sicherheit ein wesentliches Ziel nationaler und internationaler Politik. Andererseits werden staatliche Sozialleistungen bzw. der Wohlfahrtsstaat überhaupt sehr kontrovers diskutiert.

1994 wies ein Weltbank-Bericht auf die drohende Krise der «alternden» Gesellschaft hin.

**Ich kann mich
nur sicher
fühlen, wenn
ich mein Haus
teile.**

Manfred Max-Neef

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit in einem engeren Sinne ist dann gegeben, wenn allen Mitgliedern einer Gesellschaft ein menschenwürdiger Lebensstandard gewährt wird. Abhängigkeit und Armut solle so von vornherein vermieden oder zumindest unmittelbar nach Eintreten behoben werden.

Soziale Sicherheit in einem weiteren Sinne bedeutet aber mehr: Für benachteiligte Menschen werden im Rahmen der Sozialpolitik entsprechende Maßnahmen getroffen: Sozialversicherungen und -hilfe, Arbeitsmarktpolitik, sozialer Wohnungsbau, öffentliches Bildungswesen, ausgleichende Steuerpolitik, usw. So kann unter sozialer Sicherheit die Gesamtheit aller gesetzgeberischen Maßnahmen des Staates verstanden werden, welche sozialpolitische Zielsetzungen verwirklichen sollen.⁵

Wie sollen die Sozialleistungen in Zukunft finanziert werden? Wo endet die Zuständigkeit des Staates und wo beginnt die Eigenverantwortung der Einzelnen? VertreterInnen einer wirtschaftsliberalen Ökonomie sehen die Leistungen des Sozialstaats als Luxus an, beklagen die zunehmende Unfinanzierbarkeit und fordern die Entlastung der Lohnnebenkosten und mehr private Finanzierung sozialer Leistungen. Die Gegenseite wiederum betont die wirtschaftspolitische Notwendigkeit einer gut ausgebauten sozialen Sicherung, um die sozialen Konsequenzen einer globalisierten Ökonomie abzufedern, und fordert z. T. eine allgemeine soziale Grundsicherung (Basisinkommen, Grundsicherung).⁶

(→ *Arbeitsblatt 3: Soziale Gerechtigkeit-Grund-einkommen*)

Immer wieder flammen Diskussionen um das Anwachsen der Armut in Europa auf und zeigen, wie fragil die soziale Sicherheit auch in den «reichen» Ländern ist, zum Beispiel in Frankreich. Dort führten die öffentlichen Aktionen der Vereinigung «Les Enfants de Don Quichotte»⁷ Ende 2006 zu breiter Solidarisierung mit den Obdachlosen. Die 86.000 offiziell gezählten Obdachlosen bilden nur «die Spitze eines gewaltigen Eisbergs». Hunderttausende Menschen, so vermuten französische ExpertInnen, leben «in absolut unwürdigen Verhältnissen, sei es in Bruchbuden, auf Campingplätzen, in Autos oder Armenhotels, Notschlafstellen oder unter Eisenbahnbrücken.» Auch Frankreich hat ein Problem mit hoher Arbeitslosigkeit, die «Working Poor»⁸ werden auf ca. 3 Millionen Menschen geschätzt, ihre Einkommen reichen oft nicht für die Finanzierung von Wohnraum.⁹ Die Regierung in Paris

hat angekündigt, ein einklagbares «Recht auf Wohnung» gesetzlich zu verankern.

(→ *Arbeitsblatt 4: Die Kinder von Don Quichotte*)

...oder nur für wenige?

Schärfer stellt sich die Frage nach sozialer Sicherheit in Ländern der südlichen Hemisphäre. Laut Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind in Afrika nur 5 bis 10 Prozent der Erwerbstätigen sozialversichert.¹⁰ Generell gibt es in den sogenannten Entwicklungsländern nur wenige Elemente sozialer Grundsicherung, obwohl die Bevölkerungen dort wesentlich stärker von ökonomischer Unsicherheit betroffen sind. Die Bekämpfung von Hunger und Armut weltweit und zunehmend auch soziale Sicherheit sind zentrale Themen der internationalen Politik und wichtige Ziele der Entwicklungszusammenarbeit.

Ähnlich wie in Europa im Zuge der Industrialisierung sind in armen Ländern die traditionellen Versorgungsstrukturen überfordert. Der Familienverband oder die Möglichkeiten zur Selbstversorgung (Subsistenz) in ländlichen Gegenden geraten zunehmend unter Druck (z. B. durch Urbanisierung, geografische Mobilität, politische und wirtschaftliche Krisen, Auflösung traditioneller Familienstrukturen). Die Versorgung alter Menschen etwa wird zum Problem. Durch sinkende Geburtenraten und eine höhere Lebenserwartung «altern» auch die Gesellschaften in diesen Regionen. Prekär ist die Situation, weil hier (noch) keine staatlichen Pensionssysteme aufgebaut sind. Viele Regierungen richten zudem den Fokus von Sozialprogrammen auf Kinder und junge Menschen, weil darunter eine Investition in die Zukunft gesehen wird.

Ebenso wie in den europäischen Staaten steigt die Anzahl alleinerziehender Frauen. Diese Familien sind hier wie dort stark armutsgefährdet.

Dort wo es Systeme sozialer Sicherung gibt, gelten sie meist nur für Beamte und Angestellte, das sind in den Ländern Afrikas etwa 10 Prozent der Erwerbstätigen.¹¹ Der Großteil der Menschen ist im traditionellen (ländlichen) und im informellen Sektor beschäftigt. Die schlechte bis fehlende Gesundheitsversorgung und finanzielle Absicherung bei Krankheit zählen weltweit zu den häufigsten Ursachen für Verarmung.¹² Deshalb sind gut organisierte und verwaltete Gesundheitssysteme von vitalem Interesse beim Kampf gegen die Armut.¹³

(→ *Arbeitsblatt 5: Die betrogene Generation?*)

Recht auf Gesundheit...?

Zur Behandlung von HIV/Aids wird in den Industrieländern seit 1996 eine Kombinationstherapie mit antiretroviralen Medikamenten (AVR) erfolgreich eingesetzt. Ende 2003 lebten von rd. 800.000 Menschen weltweit, die AVR einnahmen, 500.000 in den westlichen Industrieländern. Weniger als acht Prozent aller Betroffenen in Afrika hatten Zugang zu einer Kombinationstherapie.

«Durch den Druck der internationalen Öffentlichkeit und die Konkurrenz der Generika-Hersteller sind Anfang 2001 die jährlichen Kosten pro PatientIn für AVR von über 10.000 US\$ auf ca. 150 US\$ gesunken.»¹⁴ Weltweit produzierte Indien die günstigsten Aids-Medikamente (Generika) und exportierte ca. 70% seiner Herstellung in arme Länder. Im März 2005 musste Indien jedoch auf Druck der Welthandelsorganisation WTO den Patentschutz für Arzneimittel deutlich verschärfen.¹⁵ Die internationale Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen unterstützt indische Bürgerrechtsgruppen im Kampf gegen die Patentierung unentbehrlicher Aidsmedikamente.¹⁶

(→ Arbeitsblatt 6: HIV/Aids weltweit)

(→ Arbeitsblatt 7: Menschenrechte versus Eigentumsrechte)

(→ Arbeitsblatt 8: Der Prozess)

Während in den Entwicklungsländern, v. a. in Afrika, viele Menschen an Krankheiten, sterben, die vermeidbar oder behandelbar wären, entwickelt sich in den USA und in Europa eine aufwendige Hochtechnologie-Medizin. Die technisch-medizinischen Möglichkeiten von Organtransplantationen haben gleichzeitig zu einem «florierenden» Handel mit Organen geführt. Der Verkauf von Organen aus Armut oder die zwangsweise Entfernung von Organen sind die besonders drastischen Auswirkungen in Entwicklungsländern.

Ähnliche Entwicklungen gibt es in der Reproduktionsmedizin, wo der Handel mit Eizellen für kinderlose Paare und für die Wissenschaft blüht. Menschliche Eizellen sind eine knappe Ressource, die «Fruchtbarkeits-Industrie» in den USA erzielt jährlich einen Umsatz von ca. 3 Mrd. US-Dollar.¹⁷ 2006 hat die EU den Handel mit Eizellen zwischen Großbritannien und Rumänien verurteilt: Rumänische Frauen erhielten für die Spende ihrer «Eizellen» eine Kompensation in Höhe eines halben Jahresgehalts. Die gesundheitlichen Risiken sowie die psychischen Folgen für die SpenderInnen werden dabei genauso wenig thematisiert wie die Probleme, die im Leben der späteren Kinder aufbrechen können.¹⁸

Die Reproduktionsmedizin macht den weiblichen Körper zur Ressource für einen Markt,

auf dem die Sehnsucht kinderloser Paare mit der Forschung konkurriert. Die Kommerzialisierung der Eizellen nutzt wie der Organhandel auch die weltweite Armut zur Herstellung des gewünschten «Angebots».

Globale Solidarität

Weltweit gehen unsichere Arbeitsverhältnisse und instabile Erwerbsverläufe mit Einkommen, die die Lebenshaltungskosten nicht decken (Working Poor) einher. Es scheint also notwendig, über Formen von Grundeinkommen nachzudenken, auch im weltweiten Maßstab.

Wenn sich der Wettbewerb im Rahmen der ökonomischen Globalisierung zwischen unterschiedlich ausgeprägten Sozialstaaten fortsetzt, birgt dies die Gefahr eines «internationalen Sozialdumpings, der überzogenen Deregulierung von Arbeitsmärkten und der Demontage von Sozialsystemen weltweit».¹⁹

Derzeit herrscht eine «Globalisierung der Unsicherheit» vor. Doch globale Sicherheit ist nicht nur eine Frage militärischer Abrüstung und Terrorbekämpfung, sondern vielmehr die Umsetzung weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit.

1. Siehe Einführungskapitel
2. Gekürzt nach Wikipedia, Stichwort: soziale Gerechtigkeit
3. Stichwort Sozialpolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe. Pipers Wörterbuch zur Politik. 3. Aufl. München 1989, S. 935
4. Lutz Leisering/ Petra Buhr/ Ute Traiser-Diop: Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft. Bielefeld 2006, S. 13
5. gekürzt nach Wikipedia; Stichwort: Soziale Sicherheit
6. vgl. Leisering, S. 39
7. Dt.: «Die Kinder des Don Quichotte»
8. Working Poor (arbeitende Arme) bezeichnet Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit keinen «existenzsichernden Lebensunterhalt» verdienen.
9. Die Tageszeitung «Der Standard», Wien, v. 5./6./7. Jänner 2007, S. 4
10. Le Monde Diplomatique, Mai 2006, S. 21
11. Le Monde Diplomatique, Mai 2006, S. 21
12. Krech, Rüdiger/ Schmidt Jean-Olivier: Zielgenau absichern. In E+Z Jg. 47.2006:11, S. 411
13. Medico International: Global Health Watch 2005/2006 www.medico-international.de/projekte/gesundheit/ghw
14. Hildegard Hefel, Baobab, Wien: Aus für billige Medikamente der 2. Generation aus Indien. Manuskript Mai 2006
15. Die WTO – World Trade Organisation war bestrebt, den Patentschutz international zu vereinheitlichen, das Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte intellektuellen Eigentums (TRIPS) wurde mit 1.1.2005 umgesetzt.
16. www.aerzte-ohne-grenzen.de/Presse/Pressemitteilungen/2006/Pressemitteilung-2006-05-10.php
17. Greenpeace-Magazin 3/06: Die Jagd nach den Eizellen. Rohstoff für das Mutterglück. Die Zeit Nr. 4/ 18.01.2007, S. 29f.
18. Hiltrud Beyer: Eizellen als Handelsware. Die Welt, 7.08.2006, www.welt.de/data/2006/08/07/988679.html
19. vgl. Hauff, Michael von: Sicher wachsen. In: E+Z Jg. 47.2006:11, S. 410

Literatur und Weblinks

-  www.amnesty.org (*Mehr zur Arbeit von Amnesty International zu den den Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Rechten*)
-  www.coe.int/T/E/Human_Rights/Esc
(*Europäischer Ausschuss für soziale Rechte des Europarates*)
-  www.fian.org (*FIAN International*)
-  www.misereor.de (*Hilfswerk Misereor, Informationen zu Recht auf Gesundheit und menschenwürdige Wohnung*)
-  www.socialinfo.ch (*Wörterbuch der Sozialpolitik: Stichworte Gerechtigkeit, Armut, Armutsgrenzen, Ausgrenzung, Prekarisierung, Soziale Ungleichheiten*)
-  www.asyl-in-not.org/php/detail.php?artnr=6199&ukatnr=12313 (*Asyl in Not zu Recht auf Arbeit*)
-  http://de.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_Arbeit (*Recht auf Arbeit aus Wikipedia*)
-  www.grundeinkommen.at
(*Informationen der Katholischen Sozialakademie Österreichs zum Grundeinkommen*)
-  **Zeitungsartikel Obdachlosigkeit / Recht auf Wohnraum in Frankreich z.B.**
www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/979/96883
www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/282/103179
-  www.aerzte-ohne-grenzen.at (*Informationen zu Aids-Programmen*)
-  www.medico-international.de/material/jahresbericht (*Jahresbericht 2005 von Medico*)
-  www.planet-wissen.de (*Portrait der Treatment Action Campaign*)
-  www.tdh.de/content/themen/weitere/hiv/daten_und_fakten.htm
(*Terre des hommes : Patenschutz und Menschenrechte*)
-  Nohlen, Dieter (Hrsg.): **Politikwissenschaft. Theorien - Methoden-Begriffe.** Pipers Wörterbuch zur Politik. 3. Aufl. München 1989
-  Lutz Leisering / Petra Buhr / Ute Traiser-Diop: **Soziale Grundsicherung in der Weltgesellschaft.** Bielefeld 2006
-  **Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung, Paris 2006**
-  **Inwent / Internationale Weiterbildung und Entwicklung**
(Hrsg.): E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit. Heft 11/2006 zum Schwerpunkt *Soziale Sicherheit.*
-  Greenpeace-Magazin 3/06: **Die Jagd nach den Eizellen.**
-  **Rohstoff für das Mutterglück.** In: Die Zeit Nr. 4/ 18.01.2007.
-  **Hiltrud Beyer: Eizellen als Handelsware.** In: Die Welt, 7.08.2006.

Arbeitsanregungen Schutz

Erläuterungen zu den Arbeitsblättern

Arbeitsblatt 4: Die Kinder von Don Quichotte

Als Aufgabenstellung für die SchülerInnen ist eine Kartenabfrage vorgesehen. Dafür ist die Moderation durch die Lehrerin/ den Lehrer notwendig.

- Die Kartenabfrage ist eine der bekanntesten Moderationstechniken. Die Präsentation der in Kleingruppen erarbeiteten Thesen gewährleistet, dass alle Gruppen ihre Überlegungen vorbringen können.
- Das Clustern (Ordnen und Zusammenfassen) der Karten und das Finden von Überschriften ist eine wichtige Aufgabe für die Moderation.

Arbeitsblatt 8: Der Prozess – Südafrika 2001

- Eine Nachbesprechung des Rollenspiels ist unbedingt notwendig.

gerecht – gleich – fair



Karikatur «Auf einen Baum klettern»

Betrachtet die Karikatur und macht euch zu folgenden Fragen Gedanken:

- Was seht ihr?
- Was will der Karikaturist mit dieser Karikatur aussagen?
- Was will er damit erreichen?
- Was (wen) greift er an und warum tut er das?

Tauscht euch im Anschluss daran in der Kleingruppe aus. Gibt es eine eindeutige Aussage oder ganz unterschiedliche Sichtweisen...

Zitate zu gerecht – gleich – fair

Lest euch die Zitate durch, setzt euch mit jedem einzelnen auseinander, könnt ihr dem zustimmen oder nicht, diskutiert in der Kleingruppe, begründet eure Meinung!

- Fairness (auch Fairnis) geht als Begriff auf das englische Wort «fair» (eigentlich «schön») zurück. Fairness drückt eine (nicht gesetzlich geregelte) Vorstellung von individueller Gerechtigkeit aus. Fairness lässt sich im Deutschen mit akzeptierter Gerechtigkeit und Angemessenheit gleichsetzen. (Zit. Wikipedia)
- Fair ist, wenn sich alle an die Regeln halten. Ob die Regeln fair sind, ist eine andere Frage. (zit. nach Martin Jäggle, *Philosophieren mit Kindern*; Zitat aus einer Diskussion mit Kindern)
- Eine gerechte Gesellschaft kann man nicht auf Gleichheit aufbauen. Im Zentrum müssen Menschenwürde und Verteilungsgerechtigkeit stehen. (Aus einem Interview mit der Philosophin Angelika Krebs. *Waagerecht*, www.fluter.de)
- Bei Gerechtigkeit geht es im Wesentlichen darum, allen Menschen in einer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ein Leben, das eine bestimmte Schwelle des guten Lebens erreicht. Also etwa, dass niemand in materieller Armut leben muss, dass keiner sozial ausgeschlossen, stigmatisiert wird, dass alle die Chance haben zu persönlichen Beziehungen und zu privater wie politischer Autonomie. (Aus einem Interview mit der Philosophin Angelika Krebs. *Waagerecht*, www.fluter.de)
- Gerade wer sich an Gleichheit orientiert, lässt die Frage nach dem allgemeinen Überfluss außer Acht. Denn wo Gleichheit als Kriterium der gerechten Verteilung gilt, gibt es keinen Grund, sich mit weniger als dem Maximum zufrieden zu geben. Die Frage «Habe ich nicht schon genug?» stellt sich nicht. Das aber ist problematisch im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, auf ökologische Gerechtigkeit, auf Gerechtigkeit zwischen den Generationen. (Aus einem Interview mit dem Philosophen Thomas Schramme; *Habe ich nicht schon genug?* www.fluter.de Heftschwerpunkt Gleichheit)
- Nehmen wir das klassische Kuchenbeispiel: Wer sich davon leiten lässt, dass alle gleich viel vom Kuchen erhalten, der backt ihn so groß wie möglich, weil jedem so viel zusteht wie dem größten Vielfraß. Wer sich dagegen davon leiten lässt, dass alle satt werden, der backt den Kuchen nicht größer als nötig und hebt damit womöglich wertvolle Zutaten für künftige Generationen auf. (Aus einem Interview mit dem Philosophen Thomas Schramme; *Habe ich nicht schon genug?* www.fluter.de Heftschwerpunkt Gleichheit)

Was bedeutet Gerechtigkeit und Fairness für euch persönlich?

Versucht einen Satz / ein Statement zu verfassen bzw. wer von euch eher zeichnerisch talentiert ist, fertigt eine Karikatur an.

Im Anschluss daran gestaltet ihr mit euren Gedanken / Sätzen / Statements / Karikaturen / Zeichnungen / Bildern etc. eine Wandzeitung zu «gerecht – gleich – fair».

Ihr könnt die Wandzeitung über einen längeren Zeitraum hängen lassen und immer wieder ergänzen.

Stellung beziehungen

Soziale und wirtschaftliche Rechte ein Luxus?

Bürgerliche und politische Rechte stellen Abwehrrechte gegenüber dem Staat dar und Forderungen an Regierungen hinsichtlich bürgerlicher und politischer Teilhabe und Mitgestaltung, z. B. das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, das Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung usw.

Soziale und wirtschaftliche Rechte begründen Teilhaberechte an Grundversorgung und Lebensstandard wie z. B. Wohnung, Gesundheitsversorgung usw., die zu Leistungsverpflichtungen des Staates führen.

Stellung beziehen

Was ist für die menschliche Würde unerlässlich? Wie wichtig sind bürgerliche und politische Rechte gegenüber sozialen und wirtschaftlichen Rechten? Welche Verpflichtungen haben Regierungen hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Rechte?

1. Informiert euch über die Unterschiede zwischen bürgerlichen und politischen Rechten einerseits und sozialen und wirtschaftlichen Rechten andererseits. (Internetrecherche)
2. Sammelt in einem Brainstorming Rechte, die in eine dieser Kategorien fallen. Listet die Rechte auf einem Bogen Papier unter der betreffenden Überschrift auf.
3. Stellung beziehen: Einer von euch liest die folgende erste Aussage vor, alle überlegen, ob sie der Aussage zustimmen oder nicht. Jede/r teilt seine/ihre Entscheidung der Gruppe mit und begründet seine/ihre Entscheidung.
4. Diskutiert im Anschluss daran eure Meinungen. Ihr könnt natürlich euren Standpunkt wieder ändern. Schreibt die wichtigsten Standpunkte mit.
5. Danach wird mit den anderen Aussagen wie mit der ersten Aussage weitergearbeitet.

Aussagen:

- Die Menschen haben die Pflicht zur Arbeit, aber kein Recht darauf.
- Die oberste Pflicht jeder Regierung ist, dafür zu sorgen, dass alle Bürger/innen genug zu essen haben.
- Das Recht auf «Ruhe und Freizeit» ist ein Luxus, den sich nur reiche Länder leisten können.
- Nicht die Regierung muss dafür sorgen, dass die Menschen nicht hungern, sondern die Menschen selbst!
- Wie wir unsere Bürger/innen behandeln, geht die internationale Staatengemeinschaft gar nichts an.
- Arme Länder sollten sich erst mal um einen angemessenen Lebensstandard für alle kümmern, bevor sie sich um die bürgerlichen und politischen Rechte ihrer Bürger/innen Gedanken machen.
- Extreme wirtschaftliche Ungleichheit ist eine Grundrechtsverletzung.
- Soziale und wirtschaftliche Rechte sind eine Idealvorstellung für die Zukunft, aber die Welt ist heute noch nicht so weit, dass sie diese garantieren könnte.
- Wenn Rechte nicht garantiert werden können, nutzt es auch nichts, wenn man sie hat.

Zum Abschluss einige Fragen für die Auswertung:

- Gab es Fragen, auf die man beim besten Willen keine Antwort geben konnte - weil es schwer war, sich eine Meinung zu bilden?
- Haben einige während der Diskussionen ihren Standpunkt geändert?
- Waren sie vom Ausmaß der Meinungsverschiedenheiten überrascht?
- Gibt es auf bestimmte Aussagen «richtige» und «falsche» Antworten oder ist das lediglich Ansichtssache?

Quelle: Kompass, Handbuch Menschenrechtsbildung

wsk-Rechte

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (wsk-Rechte) bieten Schutz vor Eingriffen in elementare Lebensbereiche wie Ernährung, Gesundheit, Bildung oder Arbeit. Zugleich enthalten die wsk-Rechte einen Anspruch auf Gleichberechtigung, also auf diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung, zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Auf diese Weise tragen sie zur menschenwürdigen Gestaltung der Lebensverhältnisse nach Maßgabe gleichberechtigter solidarischer Freiheit bei. Zusammen mit den bürgerlichen und politischen Rechten bilden die wsk-Rechte eine unteilbare Einheit.

Zu den wsk-Rechten gehören:

- Das Recht auf Arbeit: Faire Arbeitsbedingungen, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften
- Das Recht auf Bildung: Zugang zu Bildung für alle
- Das Recht auf Gesundheit: Recht auf gesunde Lebensbedingungen, gleicher Zugang zu Gesundheitseinrichtungen für alle
- Das Recht auf den Zugang zu genügend sauberem Wasser
- Das Recht auf soziale Sicherheit
- Das Recht auf eine angemessene Unterkunft inklusive dem Schutz vor Zwangsumsiedlungen
- Die Förderung und der Schutz kultureller Rechte, insbesondere für Minderheiten oder indigene Völker
- Das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben
- Das Recht auf Teilhabe an den Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendung
- Das Recht auf Schutz des geistigen Eigentums

Staaten tragen die Hauptverantwortung

Hauptverantwortliche für die Einhaltung der grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sind die Staaten. Die Regierungen müssen die Rechte ihrer Bevölkerungen respektieren, indem sie deren Rechte nicht verletzen. Sie müssen die Rechte schützen, indem sie dafür sorgen, dass die grundlegenden Rechte nicht durch Dritte verletzt werden. Und sie müssen diese Rechte erfüllen, indem sie alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um ihrer Bevölkerung diese Rechte zu gewähren.

Nicht alle Länder haben gleichermaßen die Möglichkeiten und Ressourcen, diese Rechte umzusetzen. Doch muss der Staat gewisse Minimalstandards erfüllen und darf bei der konkreten Umsetzung durch Gesetze, Verordnungen oder politische Maßnahmen keine Diskriminierungen zulassen.

1. Informiert euch über die Unterschiede zwischen bürgerlichen und politischen Rechten einerseits und sozialen und wirtschaftlichen Rechten andererseits. (Internetrecherche)
2. Sammelt in einem Brainstorming Rechte, die in eine dieser Kategorien fallen. Listet die Rechte auf einem Bogen Papier unter der betreffenden Überschrift auf.
3. Stellung beziehen: Einer von euch liest die folgende erste Aussage vor, alle überlegen, ob sie der Aussage zustimmen oder nicht. Jede/r teilt seine/ihre Entscheidung der Gruppe mit und begründet seine/ihre Entscheidung.
4. Diskutiert im Anschluss daran eure Meinungen. Ihr könnt natürlich euren Standpunkt wieder ändern. Schreibt die wichtigsten Standpunkte mit.
5. Danach wird mit den anderen Aussagen wie mit der ersten Aussage weitergearbeitet.

Soziale Gerechtigkeit– Grundeinkommen

Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung in existenzsichernder Höhe wäre heute eine große Hilfe für viele, die unter der Armutsschwelle leben müssen. Dabei ändert sich aber weder der hohe Verwaltungsaufwand, noch die oft demütigenden Prüfungen von Arbeitsbereitschaft, Arbeitsfähigkeit, des Bedarfs, der familiären Verhältnisse sowie eventuellen Vermögens. Das Grundeinkommen hingegen stärkt die Eigenverantwortung, ermöglicht Flexibilität, entlastet den Arbeitsmarkt und ermöglicht vielfältiges Engagement in Familie und Gesellschaft. Da beim Grundeinkommen jedes zusätzliche Einkommen das verfügbare Einkommen erhöht, ist jede Art von Zuverdienst sinnvoll, wobei der Druck wegfällt, jede Arbeit unter allen Bedingungen annehmen zu müssen.

Ein Streitgespräch (Rollenspiel)

« Grundeinkommen für alle » oder « bedarfsorientierte Grundsicherung »

1. Hast du dir schon einmal Gedanken zum « Grundeinkommen für alle » oder zur « bedarfsorientierten Grundsicherung » gemacht? Lese dir die Kurzbeschreibungen in den Kästen durch. Wenn du mehr Informationen benötigst, recherchiere im Internet.

Überlege dir folgende Punkte:

- Was spricht deiner Meinung nach für ein Grundeinkommen, was dagegen?
- Was spricht für eine Grundsicherung und was dagegen?

Stelle dir selbst einige Fragen dazu wie z.B.:

- Würdest du es begrüßen, wenn jeder Mensch auch wenn er keine Erwerbsarbeit leistet ein Recht auf Grundeinkommen hätte?
- Würdest du/deine FreundInnen einer Arbeit nachgehen, wenn eure Existenz durch ein Grundeinkommen gesichert wäre?
- Findest du eine interessante Arbeit wichtig zur Stärkung deiner Identität?

2. Nun führt in einer Abstimmung ein erstes Meinungsbild herbei: Wie steht ihr zu einem Grundeinkommen für alle, wie zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung?
3. Bildet nun Gruppen für die jeweiligen Positionen. Am besten ist es, wenn die Gruppen durch Los oder ein Zufallsprinzip gebildet werden (z.B. indem verschiedenfarbige Spielkarten gezogen werden). Es geht nämlich jetzt nicht um die eigene Meinung zu dem Problem, sondern darum, Begründungen für einen Standpunkt vorzutragen, in den man sich hineinversetzt.
4. Die Gruppen setzen sich nun vertiefend mit « ihren » Positionen auseinander und erarbeiten sich begründete Standpunkte. Dabei sollten sie auch Argumente der gegnerischen Partei erkennen und überlegen, wie man sie widerlegen kann. Anschließend werden die GruppensprecherInnen (2 oder 3) bestimmt.
5. Für die Durchführung des Spiels wird eine geeignete Sitzordnung hergestellt: vorne sollen die GesprächsleiterInnen sitzen (2 SchülerInnen), an zwei sich gegenüberstehenden Längstischen sitzen die « Parteien », dahinter die übrigen SchülerInnen als BeobachterInnen.

6. Die GesprächsleiterInnen eröffnen das Streitgespräch, begrüßen die ZuschauerInnen, nennen das Thema, stellen die GesprächsteilnehmerInnen vor und erklären den Ablauf des Spiels. Anschließend halten die GruppensprecherInnen jeweils ein ca. dreiminütiges Statement. Danach erfolgt in Rede und Gegenrede der Austausch der Argumente und Gegenargumente (ca. 15-20 Minuten).
7. In der Auswertung des Spiels fordern die GesprächsleiterInnen die BeobachterInnen auf, mitzuteilen, welche Argumente sie überzeugend fanden und welche nicht. Außerdem sollen sie ihren Gesamteindruck wiedergeben und sagen, was gut war und was ihnen nicht gefallen hat.
8. Zum Abschluss des Spiels wird noch einmal eine Abstimmung über die Ausgangsfrage durchgeführt.

Hat sich das Abstimmungs-Ergebnis verändert? Wenn ja, warum? Kurze Diskussion dazu.

Grundeinkommen

Grundeinkommen ist eine bedingungslose finanzielle Zuwendung, die jedem Mitglied der Gesellschaft in existenzsichernder Höhe, ohne Rücksicht auf sonstige Einkommen, auf Arbeit oder Lebensweise als Rechtsanspruch zusteht und eine Krankenversicherung inkludiert.

Kriterien für Grundeinkommen:

- **allgemein**: alle BürgerInnen, alle BewohnerInnen des betreffenden Landes müssen tatsächlich in den Genuss dieser Leistung kommen;
- **existenzsichernd**: die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes, aber dem sozialen und kulturellen Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben, die Teilhabe an allem, was in dieser Gesellschaft zu einem normalen Leben gehört, ermöglichen;
- **personenbezogen**: jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat ein Recht auf ein Grundeinkommen. Nur so können Kontrollen im persönlichen Bereich vermieden werden und die Freiheit persönlicher Entscheidungen gewahrt bleiben;
- **arbeits-unabhängig**: mit Grundeinkommen ist weder eine Kontrolle unbezahlter Arbeit, noch eine Verpflichtung zur Erwerbsarbeit verbunden. Die ethische Verpflichtung zu sinnvoller Tätigkeit ist damit nicht aufgehoben, gleichzeitig soll deutlich werden, dass Arbeit nicht einfach mit Erwerbstätigkeit gleichgesetzt werden kann; Menschen haben Interesse und Freude daran, gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten nachzugehen - auch ohne Zwang und Kontrolle.
- **ohne Armutsfalle**: Grundeinkommen soll so gestaltet sein, dass jedes zusätzliche Einkommen das verfügbare Einkommen erhöht;
- **demokratisch**: die Inanspruchnahme von Grundeinkommen darf nicht diskriminierend sein, deshalb müssen es alle Mitglieder der Gesellschaft bekommen.

Bedarfsorientierte Grundsicherung

Grundsicherung meint eine Mindestsicherung im Rahmen der bestehenden Sozialleistungen nach dem Muster der Ausgleichszulage für PensionistInnen. Wer Anspruch hat auf Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Sozialhilfe soll in jedem Fall eine Leistung in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes erhalten. Dabei bleiben alle, auch bisher gültigen Anspruchsvoraussetzungen, Vorschriften und Kontrollen bestehen.

Kriterien für eine Grundsicherung:

- **Bedarfsprüfung**: nur wer Anspruch hat auf Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Sozialhilfe etc. kommt in den Genuss dieser Leistung
- **existenzsichernd**: für viele Menschen, die heute unter der Armutsschwelle leben müssen, wäre eine Grundsicherung in existenzsichernder Höhe eine große Hilfe
- **haushaltsbezogen**: nicht jede Person erhält eine Grundsicherung, es wird geprüft, ob in dem Haushalt lebende Personen aufgrund ihres Einkommens fähig sind, für die Person aufzukommen. Es können/müssen aber auch die familiären Verhältnisse insgesamt und eventuelles Vermögen geprüft werden (Beispiel: bei Besitz einer Wohnung gibt es keine bzw. weniger Grundsicherung da ein Vermögen - auch wenn man darin leben muss - vorhanden ist);
- **Bereitschaft zur Erwerbsarbeit oder Arbeitsunfähigkeit**: ist Voraussetzung um in den Genuss der Leistung zu kommen, die heute oft demütigenden Prüfungen über das Arbeitsamt bezüglich Arbeitsbereitschaft, Arbeitsfähigkeit bleiben bestehen
- **Armutsfalle - eigenes Einkommen schmälert Grundsicherung**: die Aufnahme einer Arbeit oder sonstige Einkommen führen zur Verringerung bzw. zum Verlust der Leistung.
- **diskriminierend**: wie bereits erwähnt haben nicht alle Menschen Anspruch auf die Leistung (Bedarfsprüfung, haushaltsbezogen)

*Quelle: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt
Austrian Member of Basic Income Earth Network (BIEN), <http://ksoe.at/grundeinkommen>*

Die Kinder von Don Quichotte

Weihnachten 2006 - 250 Zelte am Kanal Saint-Martin in Paris. Die Zelte sind Notlager für Obdachlose - und vorübergehende Quartiere für BürgerInnen, die sich mit den Obdachlosen solidarisieren. Ins Leben gerufen wurde die Initiative vom Schauspieler Augustin Legrand, seine Organisation nennt sich « Les Enfants de Don Quichotte ».

Der Initiative ist es gelungen, auf die Probleme für Wohnungssuchende in Frankreich aufmerksam zu machen. Die Politik hat sich des Themas angenommen, es wird ihr jedoch von einigen KritikerInnen Wahlkampf-Rhetorik vorgeworfen. Das Recht auf Wohnraum ist in Frankreich seit 1948 als sozialer Anspruch anerkannt und seit 1982 auch gesetzlich verankert. Im Februar 2007 hat das französische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das allen BürgerInnen ein Recht auf Wohnung garantiert. Ab Ende 2008 können Obdachlose eine dauerhafte Unterkunft einklagen, ab 1. Januar 2012 sogar alle Menschen, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben.

Neben den ca. 86.000 Obdachlosen gibt es in Frankreich nach Schätzungen 3,2 Millionen « schlecht untergebrachte » Menschen. Von den 3,2 Millionen müssen mehr als 930.000 Menschen in Hotels und Asylen, bei FreundInnen oder auf Campingplätzen leben. 2,18 Millionen Menschen leben unter « schwierigen Bedingungen » in Kellern und Garagen, ohne WC und Dusche. Gleichzeitig sollen etwa in Paris ca. 120.000 Wohnungen leer stehen.

In Frankreich gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit und ca. 3 Millionen « Working Poor » (arbeitende Arme), schätzen ExpertInnen. Dabei handelt es sich um Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit keinen « existenzsichernden Lebensunterhalt » verdienen und deren Einkommen oft nicht für die Finanzierung von Wohnraum reichen.

In der Europäischen Union wurde ein Recht auf Wohnung bislang nur in Schottland beschlossen; nach dem « Homeless Act » von 2003 soll ab 2012 auch dort jedermann dieses Recht einklagen können.

Wohnen als Menschenrecht

« Die Teilnehmerstaaten dieser Konvention erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie einschließlich angemessener... Wohnung... an. »

(Art. 11, Nr. 1 der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

Das Recht auf Wohnen ist weit mehr, als ein « Dach über dem Kopf » zu haben. Es ist vielmehr das Recht, überall in Sicherheit, Frieden und Würde zu leben. Gefordert sind vor allem die rechtliche Sicherheit, die prinzipielle Verfügbarkeit und der offene, diskriminierungsfreie Zugang zu Wohnraum sowie bestimmte Bedingungen an Wohnqualität und Lage. Wichtig ist nicht nur, dass hinreichend Wohnraum zur Verfügung steht, sondern dass dieser auch bestimmte infrastrukturelle Mindestbedingungen an Bewohnbarkeit, Gesundheit, Sicherheit etc. erfüllt (u.a. Zugang zu sauberem Trinkwasser, Energie zum Kochen, sanitäre Anlagen). Generell soll eine Unterkunft auch dann gewährleistet sein, wenn die individuellen finanziellen Mittel für deren Erwerb und/oder Unterhalt nicht ausreichen. Wichtig ist zudem, dass die Unterkunft so gelegen ist, dass medizinische Einrichtungen und Schulen erreichbar sind. Nicht zuletzt ist auch der je-

weilige Wohn- und Lebensstil bestimmter Gruppen, beispielsweise indigener Gemeinschaften, zu berücksichtigen.

Das Recht auf Wohnen räumt der Sicherheit des Wohnraums und dem Schutz vor Vertreibung besondere Bedeutung ein. So dürfen Menschen nicht einfach enteignet bzw. ohne entsprechende Entschädigung aus ihrer ursprünglichen Umgebung vertrieben bzw. umgesiedelt werden.¹

- Überlegt euch in Kleingruppen Thesen pro und/oder contra zum einklagbaren « Recht auf Wohnung », diskutiert und einigt euch auf mind. 2-3 Thesen, die ihr auf Karten schreibt.
- Präsentiert eure Thesen, heftet die Karten an eine Pinwand oder Tafel und ordnet sie anschließend gemeinsam nach Themenbereichen.

1. Michael Krennerich/ Priska Stamminger: Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte: Die Interpretation ist nicht beliebig! Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), Dez. 2004; www.menschenrechte.org, Dezember 2004

Die betrogene Generation?

Das Generationenverhältnis

Das Generationenverhältnis gehört zu den elementaren Grundlagen jeder Zivilisation. Die Art, wie es gedacht und gestaltet wird, entscheidet darüber, ob Menschen in einer Gesellschaft menschlich leben können. Es konkretisiert, wie wir es mit zentralen menschlichen Fähigkeiten halten:

- Werden und vergehen: Im Generationenverhältnis wird erfahrbar, dass wir wachsen und uns entwickeln, verändern und sterben werden.
- Zeugen und gebären sowie gezeugt und geboren werden: Das Generationenverhältnis lehrt, dass wir sind, weil andere uns das Leben geschenkt haben - aber auch, dass wir selbst LebensschöpferInnen sein können.
- Erinnern und hoffen: Das Generationenverhältnis ist der Urort, konkret zu erfahren, was es bedeutet, in der Zeit, als endliches Geschöpf zu leben.
- Schenken und empfangen, bitten und danken: Zwischen den Generationen wird nicht nur das Leben, es werden auch Sinn, Weisheit, Wahrheit weitergegeben und weiterentwickelt.
- Miteinander und füreinander da sein: Als Urbeziehung kann das Generationenverhältnis lehren, was Liebe und Verbundenheit konkret bedeuten.
- Aneinander schuldig werden - einander verzeihen: Die Beziehung zwischen den Generationen ist ständig vom Scheitern bedroht - und daher immer auch ein Ort von Gewalt und Schuld. Eltern bleiben ihren Kindern immer etwas schuldig, die Versuchung auf Kosten anderer zu leben, ist groß (z. B. Ökologikrise). Zugleich kann gerade zwischen den Generationen gelernt werden, dass Ent-Schuldigung möglich ist.

Kampf der Generationen

Im Kampf der Generationen werden die Jugendlichen vergessen.

Die Jugendarbeitslosigkeit signalisiert, dass die Gesellschaft keine «Verwendung» für die Jugendlichen hat.

Prekäre Arbeitsverhältnisse teilen jungen Menschen das Desinteresse der Gesellschaft mit, dass sie sich eine stabile und verlässliche Zukunft aufbauen können.

Während von den Jugendlichen einerseits erwartet wird, dass sie die Lasten des staatlichen Rentensystems mittragen, sind sie aufgefordert, für ihre eigene Gesundheits- und Altersversorgung privat vorzusorgen.

Die Politik und damit auch die politischen Entscheidungen für die Zukunft liegen primär in der Hand älterer PolitikerInnen. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten im österreichischen Parlament liegt bei 50 Jahren (ebenso im deutschen Bundestag, 51 Jahre im Schweizer Nationalrat).

Die Prognosen für die Umwelt sind beängstigend: Klimawandel, Schmelzen der Polkappen, Überfischung der Meere, die OECD-Länder produzieren jährlich 4 Mio Tonnen Abfall.

1. Arbeiten mit den Texten :

Wie beschreiben diese beiden Texte das Verhältnis der Generationen? Stellen sie ein Spiegelbild der heutigen Realität dar? Welche Aspekte findest du besonders wichtig, welche fehlen deiner Ansicht nach?

2. Entwicklung eines Zukunftsszenarios :

- Wie könnte das Zusammenleben der Generationen im Jahr 2050 aussehen? Diskutiert in Kleingruppen und entwerft ein Szenario, das mindestens 3 wichtige Bereiche des Gemeinschaftslebens enthält (z. B. Politik, Familie und Partnerschaft, Sozialsystem, Umwelt,...).
- Visualisiert (Plakat, Sketch, Nachrichtensendung etc.) euer Szenario und stellt es der Klasse/Gruppe vor.

HIV / Aids weltweit

Facts and Figures

39,5 Millionen Menschen leben weltweit mit HIV, neu mit dem Virus infiziert haben sich 2006 4,3 Millionen Menschen, darunter 530.000 Kinder unter 15 Jahren. Rund 2,9 Millionen Menschen starben 2006 an Aids.

Die Anzahl der HIV-infizierten Menschen ist in den vergangenen Jahren in allen Regionen der Erde gestiegen. Am meisten allerdings in Ostasien, wo heute um annähernd 50% mehr HIV-positive Menschen leben als 2002, und der Region Osteuropa/Zentralasien, wo ein Anstieg um 40% zu verzeichnen ist. Das bei weitem am stärksten betroffene Gebiet bleibt jedoch nach wie vor Afrika südlich der Sahara, mit 24,7 Millionen HIV-Infizierten Menschen. Knapp unter zwei Drittel aller HIV-Infizierten und mehr als drei Viertel der betroffenen Frauen sind in Afrika südlich der Sahara zu Hause. Die Karibik, wo Aids die häufigste Todesursache bei den 15 bis 44jährigen ist, nimmt den zweiten Rang unter den am stärksten betroffenen Regionen ein.

Kinder in den ärmsten Ländern der Welt sind von HIV/Aids mehrfach betroffen. Aufgrund fehlender Präventionsmaßnahmen können sie schon bei der Geburt durch ihre Mütter mit dem HI-Virus infiziert werden. Die meisten dieser Kinder sterben innerhalb weniger Jahre. Erkrankung und Tod ihrer Eltern bringt für die Waisen neben enormer psychischer Belastung auch eine fatale Verschärfung der Armut mit sich.

15 Millionen Kinder sind bereits durch Aids zu Halbweisen oder Waisen geworden. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der Kinder, die einen oder beide Elternteile an Aids verloren haben, laut Schätzung von UNICEF auf 25 Millionen anwachsen.



Von einer weltweiten Epidemie sprechen ExpertInnen im Zusammenhang mit der Immunschwäche HIV/Aids. Die Weltgesundheitsorganisation WHO sagt für das Jahr 2010 voraus, dass weltweit 87 Millionen Menschen mit einer HIV-Infektion oder mit Aids werden leben müssen.

1. Wertet die Grafik aus. Überlegt euch Gründe für unterschiedliche Entwicklungen in den Kontinenten (z.B. mangelnde finanzielle Mittel, fehlende oder kaum vorhandene Infrastruktur im Gesundheitsbereich?.....)
2. Laut Schätzungen von UNICEF sind bereits 15 Millionen Kinder durch Aids zu Waisen und Halbweisen geworden. Was bedeutet das für die Kinder? Unter welchen Bedingungen leben sie? Gibt es Unterstützung für die Kinder oder müssen sie nach dem Tod ihrer Eltern erst recht ums Überleben kämpfen?
3. Recherchiert im Internet und gestaltet mit den wichtigsten Ergebnissen (aber auch Zeitungsberichten, Bildern, Grafiken....) ein Plakat oder eine Wandzeitung.

Menschenrechte versus Eigentumsrechte

AIDS ist zwar nicht heilbar, doch im Kampf gegen die Immunschwäche gibt es Medikamente (antiretrovirale Medikamente-AVR), die einen Ausbruch der Krankheit hinauszögern und lebensverlängernd wirken. Allerdings erhalten nicht alle aidskranken Menschen diese lebensnotwendigen Medikamente.

Laut dem Welt-Aids-Report haben derzeit nur 23 Prozent der Menschen, die in Afrika südlich der Sahara eine medizinische Versorgung mit Aids-Medikamenten brauchen, Zugang dazu. Wenn sich an dieser Situation nichts ändert, werden laut Berechnungen von UNAIDS in den nächsten zwei Jahren fünf bis sechs Millionen Menschen an AIDS sterben.

Weltweit produzierte Indien die günstigsten Aids-Medikamente (Generika, d.s. Nachahmerpräparate) und exportierte ca. 70 % seiner Herstellung in arme Länder. 2006 verklagt nun das Pharmaunternehmen Novartis die indische Regierung, um die Nachahmung und den Verkauf ihrer Präparate zu günstigeren Preisen zu verhindern.

- Wie ist es möglich, dass ein Konzern eine Regierung klagt, nur weil sie kostengünstige Medikamente produziert? Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht die Klage?
- Recherchiert im Internet zur WTO, zu TRIPS, zu Patente und Generika und erstellt mit den Ergebnissen in Kleingruppen eine kleine Informationsbroschüre (4 - 6 A5 Seiten)!
- Wie beurteilst du die Situation? Schreibe eine kurze persönliche Stellungnahme für die Broschüre.

Hilfreiche Links dazu

- WTO World Trade Organisation (Welthandelsorganisation) www.wto.org, speziell zu TRIPS: www.wto.org/english/tratop_e/trips_e/t_agmo_e.htm
- Wikipedia, deutsche Version: <http://de.wikipedia.org>, unter den Stichwörtern WTO (Welthandelsorganisation), TRIPS, Patent, Generikum
- Attac-Österreich: www.attac.at, unter den Stichwörtern WTO und TRIPS

Pharmakonzern Novartis-Artikel im Blick, Schweiz 19.01.2006

Der Konzern verdiente spitzenmässig im letzten Jahr und Daniel Vasella, Konzernchef und Verwaltungsratspräsident des Pharmakonzerns, ebenso.

Novartis hat im vergangenen Jahr äusserst erfolgreich gewirtschaftet und kann soviel Geld wie noch nie auf die hohe Kante legen. Der Pharmakonzern hat 2005 zum neunten Mal in Serie einen Jahres-Rekordgewinn erzielt. Der Reingewinn stieg im Vorjahresvergleich um 10 Prozent auf 6,141 Milliarden Dollar.

Novartis-Boss Daniel Vasella hat letztes Jahr eine Gesamtentschädigung von 21,3 Millionen Franken erhalten. Auch die Löhne der weiteren Mitglieder der Novartis-Führung zeigen eine Menge Nullen vor dem Komma.

[www.blick.ch/news/wirtschaft/artikel30945 \(...artikel30970\)](http://www.blick.ch/news/wirtschaft/artikel30945 (...artikel30970))

Die Bedeutung des Patentgesetzes von 2005 für Aidskranke in Afrika, Asien und Lateinamerika?

Der Wettbewerb mit Generikaherstellern hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Preise für einige Aidsmedikamente der ersten Therapielinie von rund 10.000 US-Dollar auf 130 US-Dollar pro Patient und Jahr gefallen sind.

Da Schlüsselländer der Generikaproduktion wie Indien jedoch seit dem Jahr 2005 Patentschutz auf Medikamente gewähren müssen, wird sich diese Preisentwicklung für viele neuere Wirkstoffe nicht wiederholen lassen.

Die Aidsbehandlung in Entwicklungsländern ist aber heute nur durch kostengünstige Nachahmerpräparate, so genannte Generika, möglich. Wenn die Versorgung mit Generika auch neuerer Medikamente nicht garantiert ist, werden die Kosten explodieren und die Programme weltweit zusammenbrechen.

«Wir brauchen dringend eine Auseinandersetzung mit dem internationalen Patentschutz», fordert Tido von Schön-Angerer, Leiter der Medikamentenkampagne von Ärzte ohne Grenzen.

«Menschen sind wichtiger als Patente»

Online-Petition an Novartis, von Ärzte ohne Grenzen, 20.12.06

Das Pharmaunternehmen Novartis verklagt die indische Regierung. Sollte das Unternehmen gewinnen, würde dies den Zugang zu erschwinglichen Medikamenten für Millionen Menschen weltweit gefährden.

In Indien werden kostengünstige Medikamente produziert, die lebenswichtig für viele Menschen in den ärmeren Ländern sind. So sind mehr als die Hälfte der derzeit in diesen Ländern eingesetzten HIV/Aids-Medikamente aus Indien. Ärzte ohne Grenzen behandelt gut 80 Prozent seiner derzeit 80.000 Aids-Patienten mit Medikamenten aus indischer Herstellung.

Sollte Novartis mit der Klage gegen die indische Regierung und das indische Patentrecht Erfolg haben, werden aller Voraussicht nach mehr Medikamente in Indien unter Patentschutz gestellt. Dies würde es indischen Generika-Herstellern erschweren, die dringend benötigten günstigeren Nachahmerversionen herzustellen. Betroffen wären Millionen von Menschen weltweit, die auf erschwingliche Generika aus Indien angewiesen sind.

Sagen Sie Novartis, dass die Firma kein Recht hat, sich dem Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten für Millionen Menschen in den Weg zu stellen. Unterschreiben Sie und bringen Sie Novartis dazu, die Klage fallen zu lassen.

www.msf.org/petition_india/austria.html (Online-Petition an Novartis)

Der Prozess – Südafrika 2001

Das südliche Afrika ist am stärksten von HIV/Aids betroffen. Für Millionen Menschen in Südafrika, die sich teure Medikamente nicht leisten können, sind preisgünstigere Generika (Nachahme-Medikamente) die einzige Chance.

Doch die führenden Pharmakonzerne haben sich zusammengeschlossen und die südafrikanische Regierung verklagt, um die Nachahmung und den Verkauf ihrer Präparate zu günstigeren Preisen zu verhindern.

Eure Aufgabe ist es, den Prozess, der 2001 in Südafrika stattgefunden hat, zu simulieren.

1. Bildet vier gleich große Gruppen: Die Pharma AG, die südafrikanische Regierung, die Treatment Action Campaign (TAC) und die Richter/innen.
2. Jede Gruppe benötigt eine/n SprecherIn, zwei Mitverantwortliche und einige UnterstützerInnen.
3. Verteilt nun an die jeweiligen Gruppen, die für sie bestimmten Texte. Ihr habt 20 Minuten Zeit um die Texte zu lesen und eure Argumente und/oder Fragen für den Prozess vorzubereiten.
4. Wenn ihr alle bereit seid, kommt ihr im Plenum zusammen (jede Gruppe hat einen für sie vorgesehenen – getrennt von den anderen – Platz).
5. Nun stellen die Richter/innen die Gruppen abwechselnd vor. Jede Gruppe – die Pharma AG, die südafrikanische Regierung und TAC – hat jeweils 5 Minuten Zeit, um ihre Positionen darzulegen und Fragen aufzuwerfen.
6. Danach haben die Richter/innen 10 Minuten Zeit, um Fragen aus den Gruppen zu beantworten und die verschiedenen Argumente und Standpunkte zusammenzufassen.
7. Am Ende des Prozesses liest eine der RichterInnen einen Ausschnitt aus dem offiziellen Prozessprotokoll vor, danach legt ihr alle eure Rollen ab. (abstreifen! ganz wichtig!)

Rollenbeschreibungen

Pharmakonzerne

Mehrere Pharmakonzerne, die die Rechte für Herstellung und Vertrieb wichtiger HIV- und Aids-Medikamente erworben haben, haben sich zusammengeschlossen um zu verhindern, dass Staaten die Nachahmung ihrer Produkte und den Verkauf zu günstigeren Preisen gestatten. Zur Abschreckung klagen sie die südafrikanische Regierung.

Die Konzerne wollen ihre Profitmargen erhalten, damit sie für ihre Aktionäre attraktiv bleiben. Die Kosten für Forschung und Produktion sowie für die Gehälter ihrer Beschäftigten spielen natürlich auch eine große Rolle.

1. In Anlehnung an eine Idee aus Kompass, Handbuch Menschenrechtsbildung

Die südafrikanische Regierung

In Südafrika wurde erst zehn Jahre, nach dem Auftreten von HIV/Aids die erste nationale Aids-Konvention auf den Weg gebracht. 1994, als der ANC unter Nelson Mandela die Macht übernommen hatte, sah man sich immer noch Strukturen gegenüber, die die Durchsetzung eines Anti-Aids-Programms schwer machten. Dennoch erließ Südafrika ein Gesetz, das endlich auch einen Zugang zu billigen Nachahmerprodukten (Generika) im Lande ermöglichen sollte, da sonst die für eine HIV/Aids Therapie unerlässlichen Medikamente nicht bezahlbar sind. Gegen diesen Gesetzesvorstoß hatten Pharmakonzerne allerdings Klage eingelegt. Die Nachfolgeregierung Mandelas unter Thabo Mbeki sah keine Notwendigkeit, dagegen anzugehen. Schlimmer noch, Mbeki selbst bezweifelte öffentlich den Sinn einer medikamentösen Therapie. Die Regierung musste aber dem politischen Druck der Straße nachgeben und begann, den Import von billigeren (generischen) Medikamenten aus anderen Ländern zu genehmigen.

Treatment Action Campaign (TAC)

Am 1. Dezember 1998 wurde in Südafrika die Treatment Action Campaign, kurz TAC, gegründet. TAC ist eine Nicht-Regierungsorganisation, in der fast alle Mitglieder ehrenamtlich arbeiten, ein großer Teil von ihnen ist HIV-positiv. Die wichtigsten Anliegen von TAC sind die intensive Aufklärungsarbeit und der Kampf um bezahlbare Medikamente für HIV-positive Menschen in Südafrika. Südafrika ist eines der weltweit am stärksten von HIV/Aids betroffenen Länder. Grund dafür war jahrzehntelang die fehlende Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, das fehlende Engagement der eigenen Regierungen und die viel zu hohen Medikamentenpreise.

Die südafrikanische Regierung wurde von Pharmakonzernen verklagt, um die Nachahmung und den Verkauf ihrer Präparate zu günstigeren Preisen zu verhindern. Daher hat TAC beschlossen, gemeinsam mit der Regierung gegen die Pharmakonzerne aufzutreten.

RichterInnen

Sie sind die Richter/innen, die darüber entscheiden, ob der Versuch führender Arzneimittelhersteller, die südafrikanische Regierung zu verklagen und damit zu verhindern, dass diese die Nachahmung ihrer Produkte und den Verkauf zu günstigeren Preisen erlaubt, berechtigt ist.

Ihre Rolle besteht darin, die drei Parteien nacheinander um Darlegung ihrer jeweiligen Standpunkte zu bitten. Nach Beendigung der Plädoyers sollten sie kein Urteil fällen und auch keine Schlussfolgerungen ziehen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Streitfragen zu klären und die Argumente zusammenzufassen, um die gegensätzlichen Forderungen zu stützen. Der Kern des Problems liegt darin, gegensätzliche Ansprüche auf Menschenrechte abzuwägen. Die Angeklagten (die Regierung und TAC) machen das Recht auf Leben und menschliche Würde geltend, die Kläger (Pharma AG) beanspruchen das Recht auf Eigentum.

Formuliert eure Fragen an die drei Parteien.

Ausgang des Prozesses:

Aus dem offiziellen Protokoll: « Die Rechte auf Leben und Würde sind die wichtigsten aller Menschenrechte und die Basis aller anderen Persönlichkeitsrechte. Wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, die auf der Anerkennung der Menschenrechte beruht, und müssen somit diese beiden Rechte höher bewerten als alle anderen. Dieses muss der Staat in all seinen Handlungen demonstrieren, auch in der Bestrafung von Kriminellen. »

Die Pharmakonzerne zogen aufgrund des Drucks von TAC ihre Klage gegen die südafrikanische Regierung zurück.

www.brot-fuer-die-welt.de/projekte/index.php?/projekte/41_222_DEU_HTML.php